

Mitteilungen

Zur Lage der Soziologie in der DDR und im Prozeß der Vereinigung der beiden deutschen Staaten

Eine Erklärung des Vorstands der Gesellschaft für Soziologie in der DDR vom Juli 1990

Das Ende des poststalinistischen Regimes in der DDR hinterläßt eine durch Fehlentwicklungen und Widersprüche gekennzeichnete Situation in der Wissenschaft und unter den Wissenschaftlern des Landes. Einerseits hatten die Repräsentanten des Regimes begriffen, daß zur Aufrechterhaltung der politischen Zustände, wie sie sie wünschten, und für das wirtschaftliche Wachstum Wissenschaft erforderlich ist. Deshalb wurde dem Aufbau wissenschaftlicher Potentiale große Aufmerksamkeit gewidmet. Andererseits war man sich bewußt, daß Wissenschaftler durch ihre Sachkompetenz und durch kritisches Denken das Informationsmonopol des herrschenden Apparates unterlaufen und den Macht- und Entscheidungsmechanismus durchschauen würden. Die Wissenschaftler wurden daher niemals als integratives Moment des Systems akzeptiert, sondern behielten den Status des „Verbündeten“ der Arbeiterklasse – sie waren immer Gegenstand einer besonderen „Bündnispolitik“.

Aus dieser Situation heraus betrieb das Regime eine Art Doppelstrategie: Für wissenschaftliche Tätigkeit wurden beachtliche Ressourcen aufgebracht, und bis zu einem gewissen Grade respektierte man die Notwendigkeit eines selbständigen Wissenschaftsprozesses. Zugleich wurden zahlreiche Kontrollinstanzen geschaffen, die jegliches Geschehen beobachteten und bewerteten und denen oberste Entscheidungsbefugnisse zustanden. Für die Wissenschaftler in der DDR ist es eine schwierige Aufgabe, die Jahrzehnte dauernde schizophrene Gleichzeitigkeit von Akzeptanz und Indoktrination, vielseitiger Förderung und tiefgehenden Fehlentwicklungen zu verwinden und unter völlig veränderten Verhältnissen einen neuen Anfang zu suchen.

Eine demokratische Gesellschaft ist ohne leistungsfähige Sozialwissenschaften nicht denkbar. Auch die Deutschen in der DDR benötigen sie zu ihrer demokratischen Entwicklung, sowohl für die Umgestaltungsprozesse nach dem Sturz der SED-

und Blockparteien-Herrschaft wie für ihre gesellschaftliche Neugestaltung mit Blick auf den Prozeß der Vereinigung der beiden deutschen Staaten. Die Aufgabe der Sozialwissenschaften besteht darin, alle politischen und sozialen Zustände und deren Wandel durch Forschung zu begleiten, Sachkenntnis und Kompetenz der verschiedenen Gruppen der Akteure zu erhöhen, ein kritisches Verständnis sozialer Wandlungen und Entwicklungen in den demokratischen Gremien wie in der breiten Öffentlichkeit zu befördern, mitzuwirken an der Schaffung eines Frühwarnsystems für gesellschaftliche Konflikte und Krisen. „The problems of today are the crises of tomorrow“, wie es in einem sozialwissenschaftlichen Report an den Präsidenten der USA heißt. Indem sie soziale Tatbestände der Prozedur wissenschaftlicher Analysen unterziehen, wirken die Sozialwissenschaften für Sachlichkeit, Überparteilichkeit und Intersubjektivität der Bewertung von Problemen und so für eine hohe politische Kultur bei der Austragung des steten Interessendissens.

Die DDR, d. h. in wenigen Monaten: Ostdeutschland, benötigt jetzt und in Zukunft eine in diesem Land bodenständige Sozialwissenschaft. Sie benötigt sie umso mehr, als politische, ökonomische und soziale Veränderungen ingang und für die nahe Zukunft zu erwarten sind, wie sie kaum in einem anderen europäischen Land zu beobachten sein werden. Die DDR verfügt über ein bedeutendes sozialwissenschaftliches Potential, über begabte Forscher und Hochschullehrer. Obgleich diese Menschen und ihre Wissenschaft selbst einem tiefgreifenden Wandel unterliegen, nachdem sie lange Jahre im Dienst einer mit absolutem Führungsanspruch auftretenden Ideologie standen und von ihrer Indoktrination geprägt worden sind, stehen sie doch in ihrem wissenschaftlichen Leistungsvermögen nicht auf der Stufe Null. In der DDR hat es, zunehmend in den 80er Jahren, historische, literatur- und sprachwissenschaftliche, juristische und ökonomische Forschungen gegeben, die internationale Geltung erlangten.

Ein wesentlicher Sektor sozialwissenschaftlicher Fragestellungen ist von Soziologen bestritten worden, deren wissenschaftliches Können ebenfalls ständig gewachsen ist, ungeachtet der Tatsache, daß die Führung der SED es unternahm, soziologische Forschungsergebnisse zu Propagandazwecken zu mißbrauchen und von vielen Autoren verlangte, daß sie die Wahrheit manipulierten, sogar, die Unwahrheit zu verkünden. Der in den frühen 60er Jahren liegende Neubeginn der Soziologie in der DDR wurde von engagierten, kritisch denkenden Gesellschaftswissenschaftlern ausgeführt. Dieser Impuls ist trotz aller Disziplinierung durch die Parteiführung und ihre Bürokratie nie ganz versandet. Ursprünglich wurde die Soziologie als eine bourgeoise Alternative zum Historischen Materialismus und zum wissenschaftlichen Sozialismus verworfen, aber es gelang ihren Verfechtern, sich auf aktuelle praktische Bedürfnisse der Gesellschaftsgestaltung berufend, die empirische Erforschung gesellschaftlicher Zustände und Probleme durchzusetzen. In über 10 Jahren dauernden zermürbenden Auseinandersetzungen konnte der Begriff „Soziologie“ in der DDR etabliert werden. Ihre Anerkennung als wissenschaftliche Disziplin beruhte jedoch nur auf deutlich pragmatischen und theoretisch elektischen Abgrenzungen vom Historischen Materialismus. Es wurden beträchtliche theoretische Tabuzonen aufrechterhalten, so daß bis heute ein großes Theoriedefizit zu beobachten ist.

Um diese im wissenschaftlichen Leben der DDR autonom entstandenen soziologischen Forschungen im Interesse der Parteiführung steuern und kontrollieren zu können, wurde bereits 1964 durch Polit-Büro-Beschluß ein „Wissenschaftlicher Rat für soziologische Forschung in der DDR“ geschaffen. Er entwickelte sich rasch zu einem Leitungsorgan mit dem üblichen dirigistischen Auftrag, wie er für die „Wissenschaftlichen Räte“ aller Gesellschaftswissenschaften bestand.

Zum Verständnis der Lage der Soziologie in der DDR ist es wichtig, sich zu vergegenwärtigen, daß bis in die Mitte der 70er Jahre eine Anzahl sog. ideologischer Auseinandersetzungen mit nachfolgenden Disziplinierungen stattfanden, die ihre Wirkung auf alle Vertreter dieser Disziplin nicht verfehlten. Unausbleiblich war es, daß zu den beruflichen Fähigkeiten Selbstzensur und vorsichtiges Taktieren gehörten. Der Wissenschaftliche Rat erarbeitete in direkter Abstimmung mit der zuständigen Fachabteilung des ZK der SED den soziologischen Teil des sog. Zentralen Planes für

die Gesellschaftswissenschaften, der als Instrument zur Einordnung der Wissenschaft in die politischen Ziele der Partei definiert war. In den späten 70er und in den 80er Jahren wurde die direkte Bevormundung durch elastischere Methoden ersetzt, und den Soziologen gelang es, die bestehenden Freiräume geschickter zu nutzen. Dennoch wurde der vorgegebene Rahmen nirgends wirklich überschritten: die Soziologen erwarteten nicht die Abschaffung des administrativ-sozialistischen Regimes der SED und ihres Parteienblocks, sondern eine Perestroika-Politik und unternahmen es, dafür Vorarbeiten zu leisten.

Eine Konsequenz der Situation, in der sich die Soziologie der DDR befand, war es, daß sich die soziologische Forschung trotz der ihr übergestülpten Parteiideologie ständig ausweitete, immer neue Bereiche der Gesellschaft einer empirischen Analyse und theoretisch-konzeptionellen Durchdringung unterzog. In Berlin, Leipzig, Halle und Jena (Sozialpsychologie) wurden an den Universitäten soziologische Lehr- und Forschungsstätten eingerichtet, in denen sich trotz aller ideologischen Indoktrinationen ein zunehmend anspruchsvolles wissenschaftliches Leben entwickelte.

Zahlreiche wissenschaftliche Unternehmungen gingen von Soziologen an anderen Hochschulen aus (so in Rostock, Weimar, Dresden und Karl-Marx-Stadt). Ferner wurden leistungsfähige Institute für Soziologie geschaffen: wie das Zentralinstitut für Jugendforschung, Leipzig, oder das Institut für Soziologie und Sozialpolitik an der Akademie der Wissenschaften. In weiteren Einrichtungen wurde in einem mehr oder weniger großen Umfang soziologische Forschung betrieben, vor allem am Zentralinstitut für Hochschulforschung (ZHB) Berlin, am Institut für Theorie, Geschichte und Organisation der Wissenschaft an der Akademie der Wissenschaften (ITW), am Zentralinstitut für Arbeit, Dresden. Einen bedeutenden Umfang erreichte die Medizinsoziologie mit ihren Schwerpunkten an der Charité, der Humboldt-Universität und an der Akademie für ärztliche Fortbildung, Berlin-Lichtenberg. Soziologen-Gruppen arbeiteten auch an der Akademie für Pädagogische Wissenschaften, der Bauakademie, an Staats- und Rechtswissenschaftlichen Forschungsstellen, an der Sporthochschule Leipzig und an verschiedenen künstlerischen Hochschulen. Im Zusammenhang mit der Tätigkeit des wissenschaftlichen Rates für soziologische Forschung hatte die SED-Führung an der Akademie für Gesellschaftswissenschaften in Berlin ein leistungsfähiges Institut für Soziologie

ingerichtet, gemäß der von ihr vielfach geübten Praxis, nach zwei Seiten zu wirken: einerseits anspruchsvolle, internationalen Standards entsprechende Forschung zu betreiben, zugleich aber die fachlich fähigen Kader als Führungselite zu (ge-)brauchen und ihr sogar einen gewissen Spielraum für die Untersuchung einzelner kritikbedürftiger gesellschaftlicher Zustände einzuräumen. Eine Anzahl von Soziologen war in Industriebetrieben tätig. Der VEB Mansfeld z. B. verfügte über eine eigene leistungsfähige Abteilung für die betriebssoziologische Praxis. – Diese Aufzählung ist nicht vollständig, z. B. gab es eine größere Anzahl von Soziologen bei den militärischen Einrichtungen. Auch die Hochschule der Gewerkschaften betrieb soziologische Forschung, ferner einige Pädagogische Hochschulen.

Es konnte nicht ausbleiben, daß ein derart verzweigtes und vielschichtig angelegtes wissenschaftliches Potential, definitionsgemäß ständig mit der DDR-Realität konfrontiert und im Besitz zahlreicher Informationen, auch über krisenhafte Entwicklungen in der DDR, nicht vollständig der SED-Doktrin untergeordnet werden konnte, sondern ein bestimmtes Eigenleben entwickelte. Auf wissenschaftlichen Veranstaltungen wurden mit wachsender Offenheit kritische Punkte angesprochen. Immer häufiger kamen aus den Kreisen der Soziologen Vorschläge und Anregungen für Reformen in der DDR. Allerdings trat kein Soziologe persönlich hervor, z. B. als sich im Sommer 1989 Reformgruppen wie Neues Forum u. a. bildeten. Der Vorstoß von Rudolf Bahro 1978 blieb ein Einzelfall. Für die Vorgänge im Innern der SED, die dann zu ihrem schnellen Zerfall beitrugen, spielten die Soziologen dagegen eine Rolle.

Vorhergegangen war, daß man in den Sozialwissenschaften der DDR sich daran gewöhnt hatte, bei Verzicht auf Ganzheitlichkeit, wissenschaftliches Leben auf zwei Ebenen zu betreiben: Obgleich ein immer umfassenderes Verständnis vorhanden war, wurde die heranreifende allseitige Gesellschaftskrise der DDR in der Literatur und in offiziellen Bekundungen nicht erwähnt, dagegen wurden ihre Erscheinungen in internen Diskussionen und in zahlreichen Materialien mit zunehmender Deutlichkeit erörtert. Die Autorität der von der SED-Spitze ausgehenden Bewertungen und Auseinandersetzungen war spätestens seit 1985 in einem schnellen Verfall begriffen. Deutliches Anzeichen war z. B. die vom 7. Plenum des ZK (Dezember 1987) gegen „Meckerer“ und „Defaitisten“ in Aussicht gestellten Parteiausschlüsse.

Die umfangreichen und vielfältigen soziologischen Unternehmungen seit Beginn der 60er Jahre führten zur Herausbildung leistungsfähiger wissenschaftlicher Instrumentarien. In großem Umfang wurde moderne Rechentechnik genutzt. Es entwickelte sich ein auf internationale Standards ausgerichtetes methodisches Denken. Neue gesellschaftliche Bereiche wurden in die soziologische Forschung und Lehre einbezogen. Es wurden in relativ großem Umfang wissenschaftssoziologische Untersuchungen betrieben. Die Analyse sozialer Probleme der Entwicklungsländer fand Eingang in die DDR-Soziologie. Die bis ins 18. Jahrhundert zurückreichende Geschichte der soziologischen Theorien sowie Konzepte der modernen westlichen Soziologen wurden rezipiert. Es konnte auch nicht ausbleiben, daß das doktrinäre Parteikonzept vom „Marxismus-Leninismus“ kritisch hinterfragt und partiell in Frage gestellt wurde.

Besonders aus den Resultaten der empirischen Forschung schöpften die Soziologen der DDR ein kritisches Verständnis des „realen Sozialismus“ und seiner Fehlentwicklungen. Im Verlauf der 80er Jahre entstand bei den meisten Soziologen ein ausgedehntes Wissen über das Mißverhältnis zwischen der Realität des Lebens in der DDR und den von der Partei verkündeten Zielen und Erfolgen. Vielfach entstanden Studien auf Anforderung von Fachabteilungen des ZK und zentraler staatlicher Stellen, die kritisches Material und entsprechende Bewertungen enthielten. Manche wurden zurückgewiesen, andere als Informationsmaterial akzeptiert. Faktisch jedoch wurden von den leitenden Gremien keine Schlüsse daraus gezogen.

Man kann an diesem eigenartigen Mechanismus nicht vorbeigehen, wenn man die Soziologie und die Soziologen in der DDR von heute verstehen und ihren Bemühungen um einen Neuanfang gerecht werden will. Über Jahrzehnte mittels einer verwirrenden Prozedur zugleich gefördert, belobigt, gebraucht und mißbraucht und nach Bedarfe kritisiert, von Mißtrauen und bürokratischen Einengungen umgeben, zugleich aber mit personellen und technischen Forschungsressourcen relativ freigiebig ausgestattet, arbeiten und leben sie heute mit dem Bewußtsein endlich frei zu sein und im Leben der Gesellschaft endlich die Position einnehmen zu können, die einer demokratiebewußten, kritischen sozialwissenschaftlichen Forschung zukommt. Ihre vorherrschende Sicht ist es nicht, eine verächtliche Stütze des dirigistischen Systems gewesen zu sein; sie berufen sich auf die Vielzahl vorliegender kritischer Untersuchungen

und sie empfinden eine gewisse Genugtuung darüber, immer wieder durch ihre problemorientierten Analysen mit kritischen Wortmeldungen hervorgetreten zu sein.

Es gehört zu den Phänomenen wissenschaftlichen Lebens, daß keine Pressionen, keine bürokratischen oder doktrinären Einengungen das Wissen um dessen Normalität gänzlich verschütten können. Wissenschaft erfordert Selbstbestimmung und Vorurteilslosigkeit im Denken, Freiheit in der Bestimmung der Ziele und Zwecke, Verständnis in der Gesellschaft für die Lebensnotwendigkeit von Wissenschaft, Bereitschaft, ihr die notwendigen Existenzmittel zu bewilligen, Liberalität gegenüber den Wissenschaftlern, wie diese ihr Leben und ihre Tätigkeit einrichten, daß sie national und international kommunikativ sein müssen. Für die Öffentlichkeit ist es schwierig zu verstehen, daß Wissenschaft, die nach Wahrheit strebt, auch auf den Konsens bedacht ist, daß aber nur das Verfolgen kontroverser Ansichten und sich endlos verzweigende Meinungsvielfalt den Konsens und damit die Wahrheitsfindung vorbereiten kann.

Mit dieser ihrer besonderen Geschichte engagieren sich die DDR-Soziologen für die sich im Lande gestaltende demokratische Gesellschaft, fühlen sich befreit von Zwängen, die ihre wissenschaftliche Arbeit so sehr beeinträchtigt haben und erwarten dabei, daß die neue Gesellschaft einen großen Bedarf an kritischer, wissenschaftlich fundierter Selbstbestimmung und Selbsterkennung hervorbringen wird. Das Interesse und die Bereitschaft der Soziologen an der Mitgestaltung einer demokratischen Gesellschaft, die allen Menschen neue Freiheiten und wirtschaftlichen Wohlstand ermöglicht, ist groß und zuverlässig.

Zugleich aber sind die Soziologen der DDR besorgt. Sie machen sich Sorgen darüber, daß Terrain, welches schon als gewonnen galt, wieder verloren wird. Wissenschaftliche Institutionen, Administrationen und Betriebe in verschiedenen Bereichen der Wirtschaft zeigen sich gesonnen, Soziologen als überflüssig zu betrachten, auf ihre Arbeit zu verzichten. Es gibt viele Anzeichen dafür, daß marktwirtschaftlicher und/oder technischer Rationalismus glaubt, den „Human-factor“ als eine geschäftliche Komponente mit vereinnahmen und damit zugleich seine wissenschaftliche Analyse vernachlässigen zu können. Für eine Reihe Soziologen hat der Einstieg in die Arbeitslosigkeit stattgefunden, anderen wird mitgeteilt, daß die Finanzierung nur noch bis Ende 1990 gesichert ist. Obgleich die Anzahl der Studierenden im Fach

Soziologie gering ist, haben die Institute und Sektionen für Soziologie noch keine Perspektive für einen normalen Studienbetrieb, d. h. hier: für den Wegfall des Numerus clausus. An einigen Universitäten zeichnen sich jetzt die Möglichkeiten ab, Forschung und Lehre im Fach Soziologie zuzulassen, aber es wird kaum Gebrauch davon gemacht.

Der 5. Soziologie-Kongreß der DDR im Februar 1990 stellte unter Beweis (trotz einiger unübersehbarer Mängel), daß die soziologische Forschung wichtige kritische Einsichten zur Notwendigkeit und zum Verlauf der politischen Wende in der DDR beizutragen vermochte und auch sich neu abzeichnende Entwicklungen und Probleme bereits im Blickfeld ihrer Konzepte und Untersuchungen hatte. Für das SED-Regime war es unmöglich gewesen, die Soziologie der DDR vollständig mit seinen Doktrinen zu durchdringen (im deutlichen Unterschied zu anderen gesellschaftswissenschaftlichen Disziplinen). So kommt es, daß das soziologische Potential der DDR trotz einiger Einbrüche noch intakt ist. Aber überall mehren sich die Zeichen für eine Wende zum Schlechteren.

Im Zusammenhang damit, daß zu viele die heutige DDR nur noch als ein Übergangsprovisorium verstehen, verhält man sich abwartend, ja, gleichgültig zu der Frage, welchen Stellenwert eine theoretisch anspruchsvolle und zur Realität kritische Sozialwissenschaft in diesem Land einnehmen soll.

Es muß damit gerechnet werden, daß viel Zeit vergeht, bevor die neuen Leitungs-, Verwaltungs- und Verantwortungsstrukturen eine Einsicht dahingehend gewinnen, daß sie ohne die sozialwissenschaftliche Begleitforschung für ihr Tun und Lassen blind werden können, uninformiert bleiben, von Vorurteilen und Fehleinschätzungen bedroht werden. Die Soziologen der DDR könnten mit der Tatsache konfrontiert sein, daß sie von den alten Machthabern gefördert wurden und Aufmerksamkeit erfuhren, weil man ihr Wissen fürchtete und weil man hoffte, sie auf diese Art wirksam kontrollieren und disziplinieren zu können, daß nun aber die neuen Regierenden von ihrer Wirksamkeit nichts wissen wollen und – soweit sie darauf gelenkt werden – es späteren Verhältnissen überlassen, für dieses Land perspektivische Regelungen zu finden.

Mit großem Ernst muß deshalb darauf aufmerksam gemacht werden, daß keine Zeit- und Substanzverluste für die Sozialwissenschaft der DDR zugelassen werden dürfen. Versäumnisse, die jetzt eintreten, werden später aufwendige Restaurie-

rungen erforderlich machen, ganz abgesehen von den nicht abschätzbaren negativen Folgen, die in einem Land ohne sozialwissenschaftliche Forschung zu erwarten sind, das sich zudem in einem derart tiefgreifenden Wandel befindet wie Ostdeutschland. Für die Soziologie in der DDR – künftig: Ostdeutschlands – wenn sie als wissenschaftliche Disziplin nicht völlig bedeutungslos werden soll, müssen u. a. völlig neue Finanzierungsmöglichkeiten geschaffen werden, die angesichts der im Lande um sich greifenden Wissenschaftsfeindlichkeit Forschung und Lehrbetrieb unter einigermaßen modernen Bedingungen aufrechterhalten.

Am 7. 2. 1990 haben die Soziologen der DDR ihren ersten freien Berufsverband gebildet, der vollständig demokratisch ausgerichtet ist und der sie als Wissenschaftliche Gesellschaft in der Öffentlichkeit präsent macht. Damit hat diese wissenschaftliche Berufsgruppe ein Organ, das ihre Interessenvertretung gegenüber anderen gesellschaftlichen Strukturen und Organisationen ermöglicht und ihre Bevormundung, durch welche Machtorgane auch immer, beendet und für die Zukunft unterbindet. Die Gesellschaft stellt sich folgende Ziele:

- Durch Förderung und Publikation soziologischer Analysen zu begründeter öffentlicher Meinungsbildung beizutragen und die Entwicklung gesellschaftlicher Strategien wissenschaftlich zu fundieren,
- den ständigen wissenschaftlichen Kontakt soziologisch Tätiger, ihrer Kommunikation und den Meinungsstreit durch das Schaffen vielgestaltiger organisatorischer Formen zu befördern,
- die Kommunikation zwischen soziologisch Forschenden und der Öffentlichkeit zu vermitteln,
- Empfehlungen zur Förderung bestimmter soziologischer Forschungseinrichtungen oder Projekte gegenüber Institutionen oder Fördereinrichtungen auszusprechen,
- die internationalen Kontakte und die Kooperation der Soziologen der DDR mit Soziologen und soziologischen Institutionen anderer Länder zu fördern und dafür organisatorische und informationelle Unterstützung zu entwickeln,
- im Prozeß der politischen und sozialen Umwandlung der DDR den Soziologen zu helfen, ihren Platz in der neuen Gesellschaft zu finden, sich als eine wichtige Berufsgruppe zu verstehen und ihre Interessen als Berufsverband wahrzunehmen.

Die Gesellschaft für Soziologie ist basisdemokratisch organisiert. Sie fordert die Pluralität der theoretischen und methodischen Forschungsansätze und ihrer weltanschaulichen Grundlegung.

Die Gesellschaft ist unabhängig von staatlichen Einrichtungen und anderen Organisationen; sie ist keiner Partei oder politischen Richtung verpflichtet. Sie fühlt sich in der DDR wirtschaftlichen und sozialen Gesamtinteressen verantwortlich, die auf dem Weg zur deutschen Einheit die Interessen eines sich tiefgreifend wandelnden Gemeinwesens sind.

Sie fühlt sich verantwortlich für die freie Entwicklung jedes einzelnen, die die Bedingung der Freiheit aller ist.

Wie schnell immer der Prozeß der Vereinigung der West- und Ostdeutschen verläuft, dieses Land benötigt eine aus seinen Verhältnissen erwachsende sozialwissenschaftliche Forschung,

- die den Prozeß der Demokratisierung,
- der gesellschaftlichen Erneuerung,
- der Herausbildung marktwirtschaftlicher Strukturen,
- der Integration in eine weitgespannte europäische Einheit,
- der Überwindung jahrelanger Fehlentwicklungen und – im Interesse der arbeitenden Menschen – die Bewahrung dessen, was sie unter schwierigsten Umständen geschaffen haben,
- die Entwicklung der globalen Probleme und deren soziale Konsequenzen

mit wissenschaftlich-kritischem Blick begleiten und Wege in die Zukunft bahnen hilft.

In diesem Sinne und mit der Bereitschaft, ihre Verantwortung wahrzunehmen, erwarten die Soziologen der DDR, daß man ihrer Disziplin Aufmerksamkeit entgegenbringt. Sie hoffen, daß man ihre Arbeitsmöglichkeit fördert, sich ihres Rates bedient und ihrem Urteil vertraut, daß unter demokratischen Verhältnissen auch eine freie Entwicklung der Wissenschaft von der Gesellschaft möglich ist, im Wissen darum, daß Demokratie ohne kritisches Urteil und freie Meinungsbildung keine Zukunft hat.